

Geöffnet täglich
früh 6½ Uhr.
Reaktion und Geschäft
Schenkungszeit 25.
Spengler der Reaktion:
Mittwoch 10—12 Uhr.
Rathaus 4—6 Uhr.

Mitteilung der für die nächst-
liegende Woche bestimmten
Sitzungen der Abgeordneten
am Mittwoch, 8 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Feiertagen früh bis 10 Uhr.
Bei den Sitzungen für Zeit-Anzeiger:
Dritte Etage, Universitätsstr. 22.
Postamt Leipzig, Postkennz. 189.
Telegraph. 189. Uhr.

Leipziger Tageblatt

und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Nr. 174.

Sonntag den 23. Juni 1878.

72. Jahrgang.

Offizielle Sitzung der Stadtverordneten

Mittwoch am 26. Juni a. e. Wends 1/7 Uhr im Saale der I. Bürgerschule.

Tagesordnung:

- I. Gutachten des Bau- und Oeconomeiausschusses über a. die Verceitung städtischen Areals in der Nordvorstadt, b. Befestigung der Flusslinie für die Errichtung einer Straße nach dem nördlichen Bebauungsplane, c. Entfernung mehrerer Objekten der Kronprinzenstraße für Kreuzabtriebung zur Straßenanlage.
- II. Gutachten des Bau- und Stiftungsausschusses über Errichtung eines Nebengebäudes u. auf dem neuen Johannistriedhof.
- III. Gutachten des Stiftungsausschusses über a. Anstellung zwei neuer Wächter für den Johannistriedhof, b. die Rechnungen des Krankenhauses auf die Jahre 1873, 1874 und 1875, c. verschiedene andere Stiftungsbewilligungen.
- IV. Gutachten des Stiftungs-, Finanz- und Verfassungsausschusses über die Entnahme von Kosten für Herstellung neuer Straßen in der Südbvorstadt aus dem Stammvermögen des Johannishospitals.
- V. Gutachten des Schul- und Bauausschusses über Unterbringung der Fortbildungsschule für Mädchen im alten Nicolaifschulgebäude.
- VI. Gutachten des Schulausschusses über Mehrbelastung des Budgets durch die Enthebung des Armen-Direktoriums von der Verpflichtung zur Bezahlung des Schulgeldes für Kinder armer Eltern.
- VII. Gutachten des Finanzausschusses über a. Gewährung eines Beitrages zur Abhaltung des diesjährigen Sächsischen Gemeindetages, b. Vermölligung einer Garantiesumme hinsichtlich der Kosten für die Fackausstellung der Tageszeitungen.
- VIII. Gutachten des Verfassungs- und Finanzausschusses über Fixierung des Gehalts des Stockmeisters beim Polizei-Amt.

Befanntmachung.

Unter Hinweis auf die Vorschriften des Reichs-Impfgesetzes vom 8. April 1874 und nach Maßgabe der hierzu erlassenen Königlich Sächsischen Ausführung-Berordnung vom 20. März 1875 machen wir hierdurch Folgendes bekannt:

- 1) Die Stadt Leipzig bildet einen selbstständigen Impfbereich, für welchen vorläufig Herr Medizinalrat Broßelot Dr. Sonnenkalb als Impfärzt, sowie der Herr Wundarzt Marx als Assistent verpflichtet worden ist.
- 2) Das Impflocal befindet sich in dem alten Nikolai-Schulgebäude am Nikolaiskirchhof.
- 3) Dasselbe finden die öffentlichen Impfungen von hier aus häuslichen Kindern jeden Mittwoch von 3—5 Uhr Nachmittags vom 1. Mai ab bis Ende September 1878 unentgeltlich statt. Dasselbe findet auch die Impflinge je am darauffolgenden Mittwoch zur Revision vor.
- 4) Im Laufe dieses Jahres sind der Impfung zu unterziehen:
 1. Diejenigen Kinder „welche im Jahre 1877 geboren worden, b. welche in den Jahren 1874, 1875 und 1876 geboren sind und im Jahre 1877 der Impfplikt nicht vollständig genügt haben (erfolglos geimpft oder wegen Krankheit nicht geimpft).

Zur Wahlbewegung.

Die beiden conservativen Parteien sind nunmehr auch mit ihren Wahlausfrauen an die Öffentlichkeit getreten. Zwischen denselben springt ein überaus beeindruckender Gegensatz ins Auge. Beide erklären sich zur Gewährung von „außerordentlichen Vollmachten“ gegen die Sozialdemokratie bereit; aber während die deutsche Reichspartei diese Vollmachten ausdrücklich als „für die Bekämpfung einer Partei, welche sich selbst in ihren gesammten Tendenz außerhalb unserer gesellschaftlichen Ordnung stellt“, „hinreichend“ bezeichnet, heißt es in dem Manifest der deutsch-conservativen Partei ausdrücklich: „Die deutsch-conservative Partei glaubt indes nicht, daß durch diese besonderen Vollmachten allein die Sozialdemokratie dauernd überwunden werden kann — sie glaubt, daß alle erhaltenen Elemente des Staats sich vereinigen müssen, unsere politischen und sozialen Ordnungen durch Stärkung und Neubebelung conservativer Grundlagen und zu bewahren.“ Das klingt sehr verständig, sehr maßvoll; aber worauf es abzielt, zeigen die folgenden Ausführungen. Da wird zunächst erklärt, daß die deutsch-conservative Partei „die monarchischen Institutionen in ihrer Mächtigkeit erhalten und gegen alle Gefüste verteidigen will, welche dahin gehen, die Autorität immer mehr durch die Herrschaft der Majorität zu erlösen.“ Die monarchischen Institutionen sind in Deutschland, wenn man von der Sozialdemokratie absieht, sicherlich niemals weniger bedroht gewesen, als in unserer Zeit. Es ist nur die alte fundamentaltheorie unserer politischen Reaction, welche die Schüler Stahl's hier wieder zu Ehren bringen, die Theorie, daß Königthum und konstitutionelle Staatsverfassung unvereinbare Gegensätze seien. Noch zu wohl haben wir diese Sprache aus den fünfzig Jahren im Gedächtnis, als daß wir sie heute nicht verstehen sollten. Der Conservatismus oder der Liberalismus, der denselben auf seine Fahne geschrieben — Das allein ist die Wurzel alles Leidens, hiergegen vor Allem muß also auch der Kampf gerichtet sein. Die deutsche Reichspartei erklärt, auch in Zukunft die Entwicklung unseres Staatswesens ebensoviel vor der Reaction, wie vor einem Überschreiten des Radicalismus bemühen zu wollen — Wir fürchten, ihre Nachbarn von rechts werden ihr in der ersten Richtung recht viel zu schaffen machen. Die Männer der „Kreuzzeitung“ halten ihre Stunde für gekommen, sie nehmen keine Rücksichten mehr. Eins der angelebten und der conservativen Mitglieder der deutschen Reichspartei, der Präsident des Herrenhauses Herzog von Ratibor, wird in seinem Wahlkreis Dresden-Neumarkt vom dem reactionären Troß einfach niedergemacht, und es hat ganz den Anschein, daß der Partei ähnliche Erfahrungen von Seiten der verbündeten Deutschconservativen und Ultramontanen noch mehr bevorstehen. Und einen solchen Augenblick hält man für geeignet, daß bisherige Verbündete der gemäßigten Parteien, diese eigentliche Schutznarve gegen die Reaction zu erschüttern.

Der Wahlauftruf der Deutschen Reichspartei hat folgenden Wortlaut:

Wenn die Deutsche Reichspartei sich angesichts der bevorstehenden Reichstagswahlen an das deutsche Volk wendet, so glaubt sie auf ihre Haltung in der jüngsten Legislaturperiode nicht ohne Genugthuung hinweisen zu dürfen.

Sie ist bereit gewesen, der Reichsregierung die Vollmachten zu gewähren, welche dieselbe in Anspruch nahm, um den Ausbreitungen der Sozialdemokratie entgegenzutreten. Um so mehr hält sie es nach den unerhörten Frevelnachrichten der letzten Zeit für ihre Pflicht, die Grundlagen unserer gesellschaftlichen und staatlichen Lebens — Religion, Monarchie, Familie, Eigentum — den gesamtmenschlichen Durchgang durch eine Jahrhunderte lange Arbeit der Nation erworbenen Bestand an Kultur und Gesittung zu wahren gegen den schmiedvollen Angriff des Roheit und Verwüstung.

Für die Bekämpfung einer Partei, welche sich selbst in ihrer gesammten Tendenz außerhalb unserer gesellschaftlichen Ordnung stellt, reichen außerordentliche Vollmachten hin und verdienen den Vorzug vor einer allgemeinen Verstärkung der bürgerlichen Freiheit des deutschen Volkes.

In dieser Überzeugung werden wir auch ferner jeden verlässlichen Fortschritt auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete zu fördern suchen. Wir werden, wie wir es bisher gelassen haben, auch in Zukunft danach streben, die Entwicklung unseres Staatswesens ebensoviel vor der Reaction, wie vor einem überzähligem Radicalismus zu bewahren.

Wie wir bei der stattgehabten Revision der Gewerbeordnung bemüht gewesen sind, hervorzuheben, welche Mißstände zu befechten und ein befriedigendes Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Interesse einer gerechtlichen Entwicklung des gewerblichen Lebens herzustellen, so werden wir auch künftig fortfahren, in diesem Sinne zu Verbesserungen der Gewerbe-Gesetzgebung mitzuwirken, soweit ein Bedürfnis sich zeigen wird.

Wir wünschen die guten Traditionen der Handels-

politis des deutschen Volksvereins festzuhalten und die Politik auseinander zu leben nach dem Maße der zunehmenden Kräftigung der deutschen Gewerbebildung

und des vertragsmäßigen Entgegenkommen der Hochbarthäuser.

Wir halten fest an dem bißchen von uns vertretenen Standpunkt, daß eine durchgreifende Reform unserer Steuerordnung unerlässlich ist. Wir erfordern die Schaffung des Gutsbesitzes bedürftenden Matrikulanten und die Einführung der Reichsangehörigen von diesen Steuern durch eine ausgiebige Benutzung der indirekten Steuerquellen.

Diese Ziele können nur erreicht werden, wenn die Reichsregierung und die Volksvertretung im gegenwärtigen Beratensaal hand in hand geben. Dann wird es auch nicht schwer sein, Bürgerhaften dafür zu finden, daß das Volk nicht härter mit Steuern belastet wird, als die Verhinderung des Materialismus und die Erfüllung der Kultur-Aufgaben unserer Zeit es fordern.

Wir erwarten überauslich, daß aus den Wahlen eine ansehnliche Mehrheit solcher Männer hervorgehen wird, welche die Politik des leitenden Staatsmannes zu unterstützen gewollt sind, die unser Vaterland zu ungeahnter Höhe geführt und ihm die verdiente Achtung der Welt erworben hat.

Der Ausschluß der Deutschen Reichspartei.

Mark zu Hohenlohe-Wangenburg, Dr. Nagel.

Graf Seußelb. Duc. Graf Frankenberg, Dr. Lucius,

von Kardorff, Krab. von Schwarze, Stengel.

Thilo. von Reditz-Reutrich.

II. Diejenigen Söglings öffentlicher Lebenthalen und Privatschulen,

a., welche im Jahre 1866 geboren sind,
b., welche in den Jahren 1864, 1865 geboren sind und im Jahre 1877
der Impfplikt nicht vollständig genügt haben (erfolglos wiedergeimpft oder
wegen Krankheit nicht wiedergeimpft).

5) Alle bislangen Einwohner sind berechtigt ihre, wie in 4) unter I. a. und b. bewertet, impf-
pflichtigen Kinder dort unentgeltlich impfen zu lassen.

Ebenso wird unbedingt hier vorhandene Personen, deren Kinder vor dem Jahre
1874 geboren, aber noch nicht oder nicht mit Erfolg geimpft sind, die unentgeltliche Impfung
dieser Kinder in den vorerwähnten Impfterminen hiermit angeboten.

6) Für jedes Kind, welches zur Impfung gebracht wird, ist gleichzeitig ein Jetell zu übergeben,
auf welchem Name, Geburtsjahr und Geburtsstag des Kindes, sowie Namen, Stand und
Wohnung des Vaters, Pflegesatzes oder Vormundes, bez. der Mutter oder Pflege-
mutter deutlich und vollständig verzeichnet sind.

7) Die Eltern der im laufenden Jahre impfpflichtigen Kinder werden daher hierdurch unter
ausdrücklicher Verwarnung vor den in § 14 Abs. 2 des Impfgesetzes angebrochenen Strafen
aufgefordert, mit ihren Kindern in dem unberührten Impf- und Revisionstermine beobachtet der
Impfung und ihrer Kontrolle zu erscheinen oder die Freiheit von der Impfplikt durch ärztliche
Zeugnisse hier nachzuweisen. Die nützlichen Zeugnisse sind in den Impfterminen
auszuweisen.

8) Wegen der Überarmung der Impf- und Revisionstermine zur Wiederimpfung, bez. Kontrolle
der oben unter 4 lla und b gedachten impfpflichtigen Söglings wird an die Schulvorsteher
besondere Weisung ergeben.

9) Diejenigen Eltern, Pflegesatzes und Vormunder aber, welche im Jahre 1878 impfpflichtigen
oder wiederimpfpflichtigen Kindern und Pflegebefohlenen, wie ihnen freigestellt ist, durch Privat-
ärzte der Impfung unterzogen lassen wollen, werden hierdurch aufgefordert, noch im Laufe
dieses Jahres die erforderlichen Impfungen ausführen zu lassen, sowie jedenfalls längstens
am 31. December 1878 die vorgeschriebenen Bescheinigungen darüber, daß die Impfung, bez.
Wiederimpfung erfolgt oder aus einem geleglichen Grunde unterblieben ist, auf dem Rathaus
auszufordern. II. Städte, Zimmer Nr. 16, vorzulegen, wobei ebenfalls sie sich ohne jede weitere
Aufforderung Geldstrafe bis zu 50 Mark oder Haft bis zu drei Tagen zu gewöhnen
haben würden.

Leipzig, am 20. April 1878.

Der Rat der Stadt Leipzig.

Dr. Georgi. Kretschmer.

Die Inhaber der als verloren, vernichtet, oder sonst als abhanden gekommen angezeigten Mandatien
Lit. J Nr. 66424, 93046, Lit. K Nr. 4918, 5728, 13639, 13676, 15956, 20750, 20753, 22114, 306817,
31490, 44859, 46656, 48541, 55264, 55702, 66790, 67351, 68200, 68384, 68800, 70172, 71771, 73006,
75898, 76784, 77675, 77976, 77977, 78435, 81226, 82290, 86613, 86614, 86790 werden hierdurch aufge-
fordert, sich damit unverzüglich und längstens bis zum Ablauf von 30 Tagen nach der auf jedem der Scheine
bemerkten Verfallzeit bei unterzeichnetener Käffte zu melden, um ihr Recht daran zu beweisen oder dieselben
gegen Belohnung zurückzugeben, währendfalls der Leibhaus-Ordnung gemäß den Anzeigen die Pfänder
ausgelöscht und die Inhaber der Scheine ihrer etwaigen Ansprüche daraus verlustig geben werden.

Leipzig, den 22. Juni 1878.

Die Verwaltung des Leibhauses und der Spitätsche.

Zum Wahlkampf schreibt die „Nat. Ztg.“:
Der Wahlkampf nimmt seinen Fortgang unter
Erscheinungen, die eher auf ein allgemeines
Ausseindenfahren aller staatsfreundlichen
Parteien, als auf eine Sammlung
derselben hinweisen. Die Bekämpfung der Can-
didatur des Freiconservativen Herzogs von Ratibor
durch die Deutschconservativen hat wegen des
überraschenden Sieges, welches damit auf die
Parteidrehnisse fällt, ein außerordentliches Auf-
sehen gemacht. Nach uns zugedrängten Nachrichten
ist aber der Breslauer Landkreis keineswegs der
einige Wahlbezirk, wo der freiconservative Besi-
stand durch deutschconservative Konkurrenz in
Frage gestellt werden soll. Es werden uns eine
Reihe ähnlicher Fälle berichtet. Es gewinnt damit
den Anschein, als ob das, was wir jüngst von dem
Sagen an dem Aß bewerteten, worauf die Freiconservativen sich in überragender Schnelle
zu bewahren beginnen. Wenn einmal Reaction
gemacht werden soll, so kann dies sicher auch von
Seiten der Kreiszeitungsmänner und Declaranten
viel strammer besorgt werden, als von den „Post“
und ihren Freunden. Die Reaction, wenn sie
kommt, kommt diesmal nicht von oben, sondern
von unten; auch dieser unser Aufspruch bewahrt
sich eben in dem Falle des Herzogs von Ratibor. Er hat aber auch in dem Verlauf einer
Berliner Wahlversammlung gestern bestätigung
gefunden, wo freiconservative Declarant vergebens gegen
die mit conservativen Elementen verbündeten Christ-
lich-Socialen anzukämpfen suchten. Die Gefahr liegt
nahe, daß abgesegnet von dem gemeinschaftlichen
Widerstand gegen die Sozialdemokratie, der Wahl-
kampf in den kleinen Krieg um Wahlkreise unter
localistischen Schlachtrufen sich auslösen werde.
Der Beistand des Rechte des Illustriegen Reichs-
tags gegenüber den Socialisten ist die Regierung
jetzt so sicher, wie sie es vor der Auflösung war.
Für den Wahlkampf heute aber hat das Regierung-
organ keine andere Lösung zu geben gewußt, als
Sammeln um das kaiserliche Banner. Damit
ist aber der Streit wohl gegen das Außland zu
führen, glücklicherweise ist für das Innere jenes
sofortbare Banner keine Parteilage. Auch die
Sammelung um die jetzige Regierung reicht noch
nicht einmal als Lösung für die conservativen
Parteien aus. Denn die Deutschconservativen
aceptieren die jetzige Regierung bekanntlich zu
bedeutlichem Theil nur unter der Rechtfertigung
des Inventars. Daß die Lage sich in den wenigen
Wochen bis zur Wahl noch einigermaßen hören
wird, hoffen wir nicht. Die Anfang aber, von
welcher die „Provinzialcorrespondenz“ noch jüngst
ausging, als gebe es neben der nationalliberalen
Partei in ihrer gegenwärtigen Führung und Zu-
sammenfassung noch eine andere nationalliberale
Partei, die man nur wachzurufen brauche, wird sich
schnell als eine starke Lüschung erweisen und
damit möglicherweise sich die ganze Rechnung, die der Auflösung zu Grunde gelegt war, als falsch erweisen.

Der Nachdruck, daß die nationalliberale Partei
im dritten Weimarischen Wahlkreis den Staats-
minister Dr. Delbrück als Kandidat für die
Reichstagwahl aufgestellt hat, ist hinzuzufügen, daß